

Bau- und Justizdepartement

Rötihof
Werkhofstrasse 65
4509 Solothurn
Telefon 032 627 25 41
bd.so.ch

Sandra Kolly
Regierungsrätin

Vernehmlassungsadressaten

23. April 2024

**Änderung des Gesetzes über den Ausgleich raumplanungsbedingter Vor- und Nachteile
(Planungsausgleichsgesetz, PAG)
Öffentliches Vernehmlassungsverfahren**

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat hat am 23. April 2024 den Vernehmlassungsentwurf zur Änderung des Gesetzes über den Ausgleich raumplanungsbedingter Vor- und Nachteile (Planungsausgleichsgesetz, PAG) beraten und beschlossen. Das Bau- und Justizdepartement (BJD) wurde beauftragt, dazu ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen. Für den Abgabetatbestand der Aufzoning (§ 5 PAG) werden zwei Varianten in die Vernehmlassung geschickt: Die erste Variante macht den Einwohnergemeinden keine Vorgaben, d.h. die Einwohnergemeinden können frei bestimmen, welche Aufzonungen abgabepflichtig sind. Die zweite Variante dagegen gibt den Einwohnergemeinden vor, welche raumplanerische Massnahmen als nicht abgabepflichtige Aufzonungen gelten. Es sind dies: Verbesserungen von Nutzungsmöglichkeiten, welche sich aus der Erweiterung der maximal zulässigen Vollgeschosszahl um ein Geschoss ergeben (z.B. Aufzoning von W2 in W3) und planungsbedingte Vorteile, die durch den Erlass von Gestaltungspläne entstehen.

Wir laden Sie freundlich ein, zum Entwurf mittels beiliegendem Fragebogen Stellung zu nehmen. Insbesondere bitten wir Sie, uns mitzuteilen, welche Variante Sie bevorzugen. Die Unterlagen sind im Internet unter <https://so.ch/regierung/vernehmlassungen> verfügbar. Bei Fragen stehen Ihnen Victor von Sury, Leiter Rechtsdienst BJD (032 627 25 11; victor.vonsury@bd.so.ch) oder Christine Tschan, Stv. Leiterin Rechtsdienst BJD, (032 627 25 10; christine.tschansteffen@bd.so.ch) gerne zur Verfügung.

Wir bitten Sie, Ihre Vernehmlassung bis zum

19. Juli 2024

elektronisch an kanzlei@bd.so.ch oder in Papierform an den Rechtsdienst des Bau- und Justizdepartements, Rötihof, Werkhofstrasse 65, 4509 Solothurn, einzureichen.

Freundliche Grüsse



Sandra Kolly
Regierungsrätin

Beilage: Fragebogen